



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltgeschichte im Aufriß auf geopolitischer Grundlage

Braun, Franz

Dresden, 1930

Der Weltkrieg.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77289](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77289)

XXXV. Der Weltkrieg.

1. Mächtegruppierung und Kriegsausbruch.
2. Europa im Weltkriege.
3. Kräfteverhältnisse.

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin (in Serajewo, 18. Juni 1914) entfacht den Weltkrieg. Diese Gewalttat fällt der großserbischen Bewegung, die in dem österreichischen Thronfolger ihren gefährlichsten und tatkräftigsten Gegner sieht, zur Last (die Verantwortung der serbischen Regierung ließ sich 1914 nur mit großer Wahrscheinlichkeit vermuten, ist heute aber bewiesen, Rußland war vermutlich Mitwisser). Das Verbrechen verlangte rasche und kraftvolle Vergeltung. Auf die Bitte um die deutsche Zustimmung zu einem Einschreiten gegen Serbien erhält Österreich von Deutschland eine „Blankovollmacht“, die bedingungslos die deutschen Lebensinteressen unvorsichtig und übereilt mit Österreichs Geschick verbindet. Erst am 23. Juli überreicht Österreich seine Forderung in einem scharfen Ultimatum an Serbien. Deutschland hatte erst am Abend zuvor Kenntnis davon erhalten, Italien überhaupt nicht. In der Zwischenzeit war das Mitgefühl für Österreich verflogen, die Feinde hatten sich zum Kriege gerüstet, Poincaré hatte persönlich (21. Juli) in Petersburg die Kriegsstimmung geschürt und mit Rußland alles für den Kriegsfall vereinbart.

Schon am 24. Juli traf Rußland „in Voraussicht des kommenden Krieges“ militärische Vorbereitungen. Trotzdem Deutschland Österreichs Rücken deckt, ist Rußland diesmal entschlossen (anders als 1908 in der bosnischen Krisis!), Serbien Kriegshilfe zu leisten. Österreich gibt sich mit der gewundenen Antwort Serbiens (Pariser Einfluß!) nicht zufrieden und erklärt am 28. Juli an Serbien den Krieg.

Verschiedene Großmächte, besonders Deutschland, bemühen sich, den Krieg zu lokalisieren. Deutschland versucht über Paris und London, Rußland zur Mäßigung zu bestimmen, freilich vergeblich. Den englischen Vorschlag auf Einberufung einer Konferenz der vier nichtinteressierten Großmächte zur Schlichtung der Streitfrage lehnen Österreich und Deutschland ab; dabei hatte England schon am 25. Juli Rußland die Mobilmachung angeraten und die Möglichkeit einer englischen Teilnahme am Kriege angedeutet. Am 26. Juli macht Rußland 13 Armeekorps mobil; trotz gegenteiliger Versicherung standen die russischen Truppen an der deutschen Grenze marschbereit. Österreich hatte nur 8 Armeekorps gegen Serbien angesetzt; es versicherte, kein serbisches Gebiet erobern zu wollen. In Anbetracht der deutlichen Absicht Rußlands, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, war die österreichische Kriegserklärung an Serbien ein sehr gefährliches Wagnis.

Am 28. Juli tritt Kaiser Wilhelm noch mit dem Zaren direkt in Verbindung, um den Frieden zu erhalten, und am 29. Juli empfiehlt er dringend direkte Verhandlungen zwischen Petersburg und Wien.

Am 29. Juli teilt aber England in Berlin und Paris mit, daß es im Falle eines Weltkrieges nicht beiseite stehen werde. Frankreich gibt diese

Fürstenmord
in Serajewo 1914

Ultimatum
an Serbien

Österreichs
Kriegserklärung

Die Haltung
der europäischen
Mächte

Erklärung nach Petersburg weiter mit der Zusicherung französischer Hilfeleistung. Frankreich treibt also in Rußland zum Kriege, und England läßt es geschehen. Die russische Kriegspartei bekommt dadurch Oberwasser. Sie setzt am 29. Juli beim Zaren den Befehl zur Gesamtmobilmachung durch, der aber noch einmal widerrufen wird.

Rußlands
und Frankreichs
Kriegsvorbereitung

England macht dann den Vorschlag, Oesterreichs Truppen sollten haltmachen und die Vermittlung der Großmächte abwarten. Deutschland drängt in Wien auf Annahme des Vorschlages. Rußland aber lehnt den englischen Vorschlag ab und mobilisiert am 30. Juli sein gesamtes Heer. Auch Frankreich macht seinen Grenzschutz mobil und teilt Rußland am 31. Juli seine Kriegsbereitschaft mit.

Deutsche Mobil-
machung und
Kriegserklärungen

Da ein deutsches Ultimatum an Rußland, das die Einstellung der Mobilmachung innerhalb 12 Stunden fordert, unbeantwortet bleibt, ordnet Kaiser Wilhelm am 1. August nachmittags 5 Uhr die Mobilmachung an und erklärt an Rußland den Krieg.

Als Frankreich auf eine deutsche Anfrage nur die Antwort hat, „es werde tun, was ihm seine Interessen geböten“, erklärt Deutschland auch Frankreich den Krieg (3. August). Frankreich machte schon am 1. August nachmittags 4 Uhr mobil, und am 2. August hatten französische Truppen ohne Kriegserklärung die deutsche Grenze überschritten.

Deutscher Durch-
marsch durch Belgien

Am 3. August rücken deutsche Truppen in Belgien ein. Der damit eingeleitete deutsche Durchmarsch durch belgisches Gebiet wird begierig zur Stimmungsmache gegen Deutschland aufgegriffen.

Belgien hatte trotz der 1830 zugesicherten Neutralität in den letzten Jahren Festungen an der deutschen Grenze gebaut und militärische Vereinbarungen mit England und Frankreich abgeschlossen, dadurch also selbst auf seine Neutralität verzichtet. Bei der starken Sicherung der französischen Ostgrenze beabsichtigte nun der Schlieffensche Plan, durch Belgien zu marschieren, um die Franzosen so von der Flanke zu fassen und niederzuwerfen, ehe Rußland mit seinen Streitkräften Deutschland überrennen könne. Da England auf eine deutsche Anfrage, ob es selbst dem Kriege fernbleiben werde, wenn Deutschland nicht durch Belgien marschiere, verneinend antwortet und Belgien die nachgesuchte Zulassung eines Durchzuges ablehnt, mußte sich die deutsche Heeresleitung im Kampf um Sein oder Nichtsein dazu entschließen, die deutschen Truppen über die belgische Grenze rücken zu lassen.

Englands
und Japans
Kriegserklärung

England, schon längst zur Teilnahme am Kriege entschlossen, hatte jetzt eine Handhabe, seinen Eintritt in den Krieg mit der Wahrung der internationalen Verträge und dem Schutze der kleinen Nationen zu begründen. Am 4. August erklärte es den Krieg an Deutschland.

Auch Japan erklärt den Krieg, als Deutschland die Räumung von Kiautschou verweigert, und erobert Tsingtau.

Die neutralen
Mächte Europas

Die bisherigen Bundesgenossen Deutschlands, Italien und Rumänien, bleiben neutral, weil sie ihrer Bündnispflicht durch die deutsche Kriegserklärung enthoben sind. Sie fühlen sich dem romanischen Frankreich verbunden und fürchten England. Ebenso bleiben Norwegen, Dänemark, Schweden, Holland, Spanien und Griechenland neutral.

Die T ü r k e i nimmt dagegen für die Mittelmächte Partei (November 1914). Dadurch konnte sich Rußland nun nicht mehr vom Mittelmeer her mit Munition versorgen lassen.

Die Türkei
im Bunde mit den
Mittelmächten

„Nicht, daß Deutschland Weltpolitik trieb, sondern wie diese Politik durchgeführt wurde, war unser Verhängnis; denn die kaiserliche Politik verlor über den neuen fernem Zielen ihre nächste Aufgabe, die Sicherung des Reiches in Europa, aus den Augen. Sie verkannte, daß die großen machtpolitischen Entscheidungen über Deutschlands Schicksal nicht auf der See oder irgendwo im Weltraum, sondern auf dem Festland fallen mußten.“ (Ehringhaus.) Wir vermessen die Folgerichtigkeit in der nachbismarckschen Politik. Deutschland ließ sich im ungünstigsten Augenblicke in den Krieg treiben. Die Behauptung von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands hat sich durch die Veröffentlichungen der Akten als Lüge erwiesen.

XXXVI. Die Kampfgebiete des Weltkrieges.

1. Der westliche Kriegsschauplatz.
2. Der östliche und südöstliche Kriegsschauplatz.
3. Der italienische Kriegsschauplatz.

Die deutsche Mobilmachung löst stürmische Begeisterung und eine seltene Einnütigkeit starken vaterländischen Fühlens und Wollens aus, „Keine Parteien, nur noch Deutsche“, schien es fortan zu geben. Der Reichstag bewilligt die Kredite für den Krieg, auch die Sozialdemokratie tritt dafür ein.

Einnütiger
Verteidigungswille
Deutschlands

Auf den erzwungenen Durchzug durch Belgien folgt der s i e g r e i c h e Vormarsch auf Paris. Die Franzosen müssen auf das linke Marneufer zurück, die französische Regierung flieht nach Bordeaux. Mitten im siegreichen Vordringen kommt plötzlich der Rückzugsbefehl. Moltke hatte den rechten Flügel entgegen dem Schlieffenschen Plan nicht stark genug gemacht, Reserven überhaupt nicht bereitgestellt, im letzten Augenblick sogar noch 2 Armeekorps gegen die Russen nach dem Osten gesandt. Da die oberste Heeresleitung eine zwischen der 1. (Kluck) und 2. (Bülow) Armee entstandene Lücke nicht schließen kann und einer Flankenbedrohung sich nicht aussetzen will, gibt sie den Befehl, über die Aisne zurückzugehen (10. September); die siegreiche Schlacht an der Marne (6. bis 9. September) endet mit einem verlustreichen Rückzuge. Die drohende Gefahr der Überflügelung auf der rechten Flanke vermeidet Kluck glücklich durch Verlängerung der Front bis ans Meer. Generalstabschef Moltke tritt zurück, Kriegsminister Falkenhayn wird sein Nachfolger. Ende Oktober gräbt man sich ein, der zermürbende S t e l l u n g s - k r i e g beginnt.

Vormarsch auf Paris
1914

Marneschlacht,
Rückzug

Inzwischen sind die Russen über Erwarten schnell mit zwei Heeren in Ostpreußen eingedrungen. 3 Wochen lang muß die Provinz die russischen Greuelthaten über sich ergehen lassen. Da bringt Hindenburg mit seinem Generalstabschef Ludendorff durch die Vernichtungsschlacht bei T a n n e n - b e r g (26. bis 30. August) und den Sieg an den M a s u r i s c h e n S e e n (10. bis 12. September) die Befreiung.

Einmarsch
der Russen,
Befreiung
Ostpreußens

Der große Angriffs-
plan der Russen
1915

Karpathenstellung

Deutsch-österreich.
Durchbruch
in Galizien

Das Scheitern
französischer
Angriffe

Kriegserklärung
Italiens

Bulgariens
Bündnis mit den
Mittelmächten

Eroberung Serbiens

U-Boot-Krieg

Verlust
der Kolonien

Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch setzt das russische Dreimillionenheer zu einem neuen großzügigen Vormarsch an; die eine Heeresäule soll durch Galizien-Ungarn auf Wien, die andere durch Posen, Schlesien auf Berlin marschieren. Ein österreichischer Gegenstoß gegen den südlich gerichteten Angriff scheitert, die österreichischen Truppen müssen zurück, sie halten die Front mit deutscher Hilfe erst in den Karpathen (Stellungskrieg!). Unter Hindenburgs Oberbefehl gelingt es deutschen und österreichischen Truppen, den russischen Vorstoß auf Berlin in Polen zum Stehen zu bringen, Mackensen siegt bei Lodz, die Winterschlacht in Masurien befreit Ostpreußen zum zweitenmal.

Die Winterschlacht in der Champagne soll die in der Masuren-schlacht vernichtend besiegten Russen entlasten. Die Deutschen halten stand.

Der im Frühjahr 1915 am Dunajec zwischen Tarnow und Gorlice angeführte Durchbruch der deutsch-österreichischen Truppen unter General von Linington hat vollen Erfolg. Die ganze russische Front bis zur Ostsee ist erschüttert, Galizien und die Bukowina werden befreit, Kurland bis zur Düna erobert. Nacheinander fallen Warschau, Swangorod, Kowno, Brest-Litowsk. Freilich die Umfassung des russischen Zentrums gelingt nicht. Es kann sich zurückziehen.

Die gleichzeitigen Lorettoangriffe der Feinde zwischen Lille und Arras scheitern (Mai 1915), ebenso der französische gewaltige Durchbruchversuch in der Champagne (September 1915). Die Stellungslinie wird in heldenmütigem Kampfe gehalten.

Im Mai 1915 erklärt nach Beendigung seiner Rüstungen auch Italien den Krieg. In immer erneuten Angriffen versuchen die Italiener nach Triest durchzubrechen. (6 Isonzoschlachten, Vordringen bis Görz. Herbst 1917 hinter Tagliamento und Isonzo zurückgetrieben).

Kämpfe im Orient: Vergeblich versuchen französisch-englische Truppen durch eine Landung auf der Halbinsel Gallipoli den Eingang in die Dardanellen zu erzwingen. Durch den Eintritt Bulgariens (September 1916) in den Weltkrieg können die Mittelmächte Serbien von zwei Seiten angreifen. Der glänzende Siegeszug Mackensens beseitigt mit der Eroberung Serbiens zugleich die serbische Sperre auf dem direkten Wege Berlin-Konstantinopel-Bagdad. Im November 1915 schließen die Türken ein englisches Heer in Kut-el-Amara ein (1916 müssen die Türken freilich Bagdad wieder räumen). Die Festsetzung englisch-französischer Truppen in Saloniki kann Serbien nicht mehr retten, bleibt aber eine Bedrohung unserer südlichen Flanke.

Gegen die englische Hungerblockade sollte der U-Boot-Krieg schützen, er wurde zu Beginn mangels genügender Tauchboote, später aber auch mit Rücksicht auf Amerika nicht scharf durchgeführt, ebensowenig die Fliegerangriffe auf England. Bödkes und Immelmanns hervorragende Leistungen im Luftkrieg bleiben für immer denkwürdig.

Die meisten afrikanischen Kolonien gingen schon 1915 verloren, Kamerun 1916, nur Ostafrika hält sich unter Lettow-Vorbeck heldenmütig bis zum Kriegsende.

Infolge der Blockade muß auf jegliche Unterstützung durch neutrale Länder verzichtet werden; daher kommt das Aufblühen der amerikanischen

Kriegsindustrie nur unsern Gegnern zugute. In der Heimat macht sich die englische Hungerblockade immer mehr geltend. Lebensmittelnot und Mangel an Rohstoffen werden fühlbar. Die anfängliche Begeisterung und Opferwilligkeit lassen allmählich nach. Ein beispielloser Lügenfeldzug der gegnerischen, namentlich englischen Presse verleumdet die „hunniſchen“ Deutschen wegen ihrer angeblichen Kriegsgreuel in der ganzen Welt. Da die deutschen Überseekabel durchschnitten sind, ist Deutschland gegen diese Methoden seelischer Massenvergiftung völlig hilflos. Im Frühjahr 1916 sucht Falkenhayn durch den bei Verdun angelegten Durchbruchversuch eine Entscheidung (Erfürmung des Forts Douaumont, des „Toten Mann“, der Höhe 304); er kann sie aber nicht erzwingen. Die großen Verluste bestimmen Hindenburg, der nach dem Rücktritt Falkenhayns Generalstabschef wird, weitere Angriffe aufzugeben.

Deutscher
Durchbruchversuch
bei Verdun
1916

Während die deutsche und die österreichische Heeresleitung die Einheitlichkeit vermissen lassen (unabhängig von der Bestürmung Verduns geht Höhendorf in Südtirol zum Angriff über), unterstützen sich Franzosen und Russen mit ihren Operationen gegenseitig; die Brussilow-Offensive und Sommeschlacht (in den Sommermonaten 1916) stehen in engem Zusammenhang.

Brussilow-Offensive

Die Russen durchbrechen die österreichische Front in Wolhynien und Galizien (4. Juni). Die Bukowina geht verloren. Nur deutsche Hilfe (unter Linſingen und Bothmer) bringt die Russen zum Stehen und rettet das Habsburgerreich. Hindenburg wird Oberbefehlshaber über die ganze Ostfront. Die Brussilow-Offensive hat zwar nicht durchstoßen können, aber die erwiesene Schwäche Österreichs bestimmt Rumäniens Eintritt in den Krieg. Der Ring um die mitteleuropäische Festung ist geschlossen. Die Sommeschlacht (Beginn Ende Juli) dauert mit einem gewaltigen Einsatz von Artillerie und Truppenmassen, unter Verwendung giftiger Gase mehrere Monate. Immer frische englische Truppen greifen in den Kampf ein, furchtbare Verluste auf beiden Seiten. Aber der Durchbruch gelingt den Feinden nicht.

Rumäniens Eintritt
in den Krieg

Sommeschlacht

Dem Vorstoß Rumäniens nach Siebenbürgen folgt sofort ein Gegenstoß der Verbündeten. Anfang Dezember ziehen Falkenhayn und Madensen siegreich in Bukarest ein. Mit der Besetzung der Walachei verkürzte sich die Ostfront um 600 km, sie reicht jetzt von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Eroberung
Rumäniens

Von der Wiederaufrichtung eines selbständigen Königreiches Polen versprechen sich die Kaisermächte eine wesentliche Stärkung ihrer Stellung gegen die Russen; sie erhofften die Bildung eines polnischen Hilfsheeres und die Freundschaft des neuen Königreiches. Nichts erfüllte sich von dem. Dagegen nahm man sich die Möglichkeit, mit Rußland einen Sonderfrieden zu schließen.

Im U-Boot-Krieg gegen die völkerrechtswidrige Blockade, der auf Amerikas Forderung zuletzt eingeschränkt war (keine warnungslose Versenkung) vermag die Oberste Heeresleitung keine Änderung durchzusetzen. Tirpitz, der für den unbeschränkten U-Boot-Krieg eintritt, wird verabschiedet.

Seefleg
am Skagerrak

Der 31. Mai 1916 wird Ehrentag der Hochseeflotte.

Infolge schlechter Führung verpaßte die weit überlegene englische Flotte in der Seeschlacht am Skagerrak die Gelegenheit, die deutsche zu vernichten. Admiral Scheer bringt den englischen Segnern schwere Verluste bei.

Im November des Jahres 1916 stirbt der alte Kaiser Franz Joseph, für die Sache der Verbündeten und den Zusammenhalt des morschen Habsburgerreiches ein schwerer Verlust.

Deutsches
Friedensangebot

Da die allgemeine Lage der Vierbundmächte günstig ist, verspricht man sich von einem Friedensangebot an die Feinde Erfolg (12. Dezember 1916). Die Ententemächte legen es jedoch nur als Schwäche aus und weisen es zurück.

Die Schwierigkeiten
im Innern
Deutschlands

Trotz der großen militärischen Erfolge sind die inneren Verhältnisse viel schwieriger geworden, in Österreich vor allem mangelt es an Nahrungsmitteln, Mannschaftersatz, Arbeitskräften. An innerpolitischen Fragen, der Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechtes, der Einführung des parlamentarischen Systems, den Erörterungen über die Kriegsziele verschärfen sich von neuem die Parteigegegensätze in Deutschland. Zu spät kommt die Osterbotschaft (1917) des Kaisers, der eine Reform des inneren, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens verspricht.

Uneingeschränkter
U-Boots-Krieg.
Amerikas
Kriegserklärung
1917

Da 1917 der Vernichtungswille der Verbundmächte offenkundig ist, gibt die deutsche Regierung alle Rücksichtnahmen auf und verkündet am 1. Februar 1917 den uneingeschränkten U-Boot-Krieg. Darauf erklärt Amerika am 2. April den Krieg, unter seinem Einfluß fast alle Staaten Süd- und Mittelamerikas, auch China. Infolge der inzwischen gefundenen Abwehrmittel gegen die U-Boot-Angriffe können die Tauchboote nicht die erhoffte Entscheidung bringen.

Siegfriedstellung

Trotz der großen Materialüberlegenheit der Feinde (Panzerkraftwagen, Flugzeuge, Munition!) bleiben die Frühjahrs- und Sommeroffensiven der Franzosen und Engländer ergebnislos. Hindenburg nimmt die Front in die hinter der Front vorbereitete Hindenburglinie (Siegfriedstellung) zurück.

Russische Revolution

In der russischen Front ist es seit der Brussilow-Offensive ruhig. Da England vermutet, der Zar beabsichtige, einen Sonderfrieden zu schließen, begünstigt es die bürgerliche Revolution (März 1917). Der Zar muß abdanken. Deutschland verpaßt diesen Augenblick, um die entscheidenden Schläge zu führen. Die neue russische Regierung unternimmt noch einmal einen großen Angriff, aber vergeblich. Die Österreicher erobern vielmehr die Bukowina wieder, die Deutschen Kurland, die Inseln Ösel und Dagö. Durch diese Niederlagen kommt in Rußland die kommunistische Partei zur Herrschaft unter Führung von Lenin und Trotzki (Arbeiter- und Soldatenräte — Zentralrat der Sowjets).

Friede
von Brest-Litowsk
1918

Im Frieden von Brest-Litowsk (9. März 1918), dem auch Rumänien beitrifft, werden die Randstaaten als unabhängige Staaten anerkannt und dadurch von Rußland abgelöst. Zu ihrem Schutz müssen unsere Truppen aber noch im Osten bleiben, während sie im Westen so dringend gebraucht wurden.

Immerhin war die Lage für den Vierbund nicht ungünstig. Die Front

im Westen hatte standgehalten, im Osten war Friede mit Rußland und Rumänien, die Italiener waren an der Piave bis in die Ebene Venetiens zurückgeschlagen.

Aber die innere Zersetzung hatte große Fortschritte gemacht, während die Widerstandskraft und der Siegeswille der Feinde durch das Friedensangebot des deutschen Reichstages neu belebt worden war.

Durch die an der Ostfront freigewordenen Divisionen verstärkt Ludendorff die Westfront, er hofft im Frühjahr 1918, vor einem entscheidenden Eingreifen der Amerikaner, durch einen wuchtigen Vorstoß die englisch-französische Front zu durchbrechen. Der deutsche Sturmangriff (am 21. März) treibt die Gegner zwar siegreich zurück, kommt aber vor Amiens, dem eigentlichen Ziel, zum Stehen. Es fehlten die nötigen Reserven, um kräftig genug nachzugreifen. Im April werden die Engländer vom Kemmelberg in Flandern vertrieben. Ein Stoß gegen Paris (Ende Mai) führt die deutschen Truppen über die Marne, schon erreichen die weittragenden Geschütze Paris. Da übernimmt General Foch den gesamten Oberbefehl an der Westfront. Das Eingreifen der Amerikaner belebt den Mut der französischen Truppen. Im Juli landen 1 200 000 Amerikaner in Frankreich. Die amerikanische Industrie liefert ungeheure Munitionsmengen, während die deutschen Munitionsarbeiter im Januar 1918 streiken!

Die letzte große Kraftanstrengung des deutschen Heeres im Frühling und Sommer 1918 erreicht ihr Ziel nicht. Damit ist die Möglichkeit, den Krieg siegreich zu beenden, endgültig geschwunden. Der Feind kann zum Angriff übergehen, und führt ihn mittels eines ungeheuren Einsatzes von Menschen und Material zum Erfolge. Am 8. August 1918 (der schwarze Tag des deutschen Heeres) wird zum erstenmal die deutsche Front zum Weichen gebracht. Für die deutschen Verluste gibt es keinen Ersatz, dagegen haben die Gegner frische amerikanische Reserven hinter sich. Als einzige Rettung bleibt die Beendigung des Krieges auf diplomatischem Wege. Die Entscheidung liegt beim Kaiser. Dieser jedoch vertagt sie. So verstreichen kostbare Wochen.

Der Gedanke an einen Verständigungsfrieden bewegt schon lange weite Kreise des Volkes. Er schöpfte Nahrung aus den wiederholten Friedensbotschaften des Präsidenten der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson, seinen Verheißungen einer neuen Weltordnung, die mit all den überlebten Formen bisheriger Politik brechen würde.

Am 11. Februar 1918 hatte er vor dem amerikanischen Kongreß verkündet: „Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen geben. Völker und Provinzen sollen nicht von einer Staatshoheit in eine andere geschoben werden, als ob es sich nur um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handele. Jede Lösung einer Gebietsfrage muß im Interesse und zugunsten der betreffenden Bevölkerung und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses rivalisierender Staaten getroffen werden.“

Am Grabe Washingtons hatte er am 4. Juli 1918 als Grundelemente eines Friedens bezeichnet: „Alle Versprechungen und Abmachungen sind zu halten, kein Unrecht soll ungefühnt bleiben! Wir erstreben die Herrschaft des Rechts, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und unterstützt durch die organisierte Meinung der Menschheit.“

Innere Zersetzung

Scheitern
der deutschen
FrühjahrsoffensiveDer schwarze Tag
des deutschen
Heeres„Verständigungs-
friede“

Selbstbestimmungs-
recht der Völker

Die Verkündung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das Versprechen eines Rechts- und Verständigungsfriedens statt eines Gewalt- und Rachefriedens, die Aussicht auf die Errichtung eines alle Staaten umschließenden Völkerbundes, auf allgemeine Abrüstung, auf Abschaffung der Geheimdiplomatie, auf wirtschaftliche und koloniale Gleichberechtigung erfüllt das deutsche Volk mit Vertrauen, zumal es in Wilson einen Bürgen für die Ehrlichkeit solcher Versprechungen erblicken zu dürfen glaubt; denn das amerikanische Volk könne kein unmittelbares Interesse an der Schädigung eines Teils der europäischen Völker haben.

Militärischer
Zusammenbruch
der Mittelmächte

Der militärische Zusammenbruch der Verbündeten des Deutschen Reiches treibt zur Katastrophe. Am 15. September bricht die bulgarische Front am Vardar. Auch die türkische Front weicht zurück. Die Engländer nehmen Damaskus und die Bagdadbahn. Die türkische Armee in Syrien und Mesopotamien löst sich auf. Eine Entente-Flotte erscheint vor Konstantinopel. Die Türkei bittet um Frieden. Kaiser Karl von Österreich macht am 14. September ein Sonderfriedensangebot. Im Waffenstillstand besetzen italienische Truppen Tirol, Triest und Dalmatien. Ende September dringen die Segner an der Westfront in die Siegfriedstellung ein.

Waffenstillstands-
verhandlungen

Die Verschlechterung der militärischen Lage wird durch die innere Zerfetzung gefördert. Im Rücken des Heeres waren die Etappen-Sammelplätze unzuverlässiger Elemente geworden. Die Unfähigkeit der Regierung, die Fehler der Kriegswirtschaft zu beseitigen und dem Wucherer- und Schieberwesen Einhalt zu gebieten, hatte eine wachsende Mißstimmung im Lande groß werden lassen. Zu spät erkennt die Regierung die Gefahr eines inneren Zusammenbruchs. Um den Staat vor der Auflösung zu bewahren, leitet man die Demokratisierung der Verfassung nach westlichem Vorbilde ein. Eine neue parlamentarische Regierung unter Prinz Max von Baden wird gebildet (3. Oktober). Sie übernimmt es, auf Drängen Hindenburgs, den Präsidenten Wilson um Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen auf der Grundlage seiner 14 Punkte zu ersuchen.

Als Sicherheit und Bürgschaft für die Aufrichtigkeit des deutschen Friedensangebotes fordert dieser (14. Oktober) die Einstellung des U-Boot-Krieges und Räumung der besetzten Gebiete, ferner die „Beseitigung der monarchischen Gewalten wegen ihrer Gefährlichkeit für den Weltfrieden — oder ihre Entrechtung bis zur tatsächlichen Machtlosigkeit“.

Wochen verstreichen mit gegenseitigem Notenwechsel. Sie sind voll der verletzendsten Demütigungen für das deutsche Volk. Eines Vorteiles nach dem andern müssen sich die Deutschen begeben. Man zieht zwar den Plan der nationalen Verteidigung in Erwägung, läßt ihn aber wieder fallen. Die Bildung einer nationalen Einheitsfront mißlingt, während die oberste Heeresleitung von der Truppe (24. Oktober) weiteren Widerstand und Kampf bis zum äußersten fordert. Die deutsche Regierung widersetzt sich dem. General Ludendorff tritt daraufhin zurück. Selbst auf innerpolitischem Gebiete gibt Deutschland nun allen Forderungen

der Entente nach (Aufhebung der kaiserlichen Kommandogewalt, Verfassungsänderungen im demokratischen Sinne). Die Lage wird immer unhaltbarer. Den Italienern steht der Weg über den Brenner offen. Die Doppelmonarchie der Habsburger ist zerfallen (23. bis 29. Oktober). Mit der Räumung Flanderns muß die U-Boot-Basis aufgegeben werden. Im Reiche gärt es, die Massen fordern Frieden um jeden Preis.

Am 5. November kommt der Vorvertrag zwischen Deutschland und der Entente zustande. In ihm ist die Rede Wilsons vom 11. Februar 1918 mit ihren 14 Punkten als ausdrücklicher Bestandteil des Friedensvertrages anerkannt. Dies sollte die Einleitung zum Waffenstillstand sein. Nicht mit einer bedingungslosen Kapitulation, sondern auf der Grundlage eines Verständigungsfriedens wurden die Verhandlungen aufgenommen.

Der Vorvertrag
Die
14 Punkte Wilsons

Die Ereignisse brachten das deutsche Volk um diese letzte Hoffnung und die Aussicht auf einen erträglichen Frieden. Gerade in dem Augenblick, wo die entscheidenden Verhandlungen beginnen sollen, bricht die Revolution aus. Die Hochseeflotte widersetzt sich dem Befehl, auszulaufen. Die meuternden Matrosen reißen die Leitung an sich (4. November). Von Kiel aus verbreitet sich die Revolution unter der Losung: „Friede, Freiheit, Brot“ über die Küste, von dort am 7. November nach Nord-, West- und Mitteldeutschland. In München wird am 8. November von Schwabinger Literaten und Munitionsarbeitern die Revolution ausgerufen. Am 8. November ist Braunschweig in Aufruhr, in Berlin geraten die Massen in Bewegung. Das Bürgertum läßt willenslos den Ereignissen ihren Lauf. Die Gewöhnung an Befehlserteilung läßt das Militär tatenlos. Wilhelm II., der von Berlin ins Große Hauptquartier gegangen war, will zunächst nicht abdanken, sondern an der Spitze der Truppen die Ordnung wiederherstellen. Da verkündet Prinz Max von Baden, um die Monarchie zu retten, ohne Wissen des Kaisers und des Kronprinzen ihre Abdankung. Widerstandslos siegt die Revolution auch in Berlin (9. November). Scheidemann erklärt Deutschland zur Republik. Der Volksbeauftragte Friedrich Ebert bewahrt sie durch Übernahme des Reichskanzleramtes vor der Herrschaft der radikalen Strömungen. Überall bilden sich Soldaten- und Arbeiterräte. In Belgien meutern die Etappentruppen, der Kaiser flüchtet nach Holland (10. November). Alle anderen deutschen Fürsten werden gestürzt und vertrieben.

Ausbruch
der Revolution

Seit dem 8. November aber kämpfte die deutsche Abordnung unter dem Staatssekretär Erzberger im Wald von Compiègne um bessere Bedingungen für Volk und Heer. Von dem Zusammenbruch erfuhr sie nichts. Die gegnerischen Unterhändler konnten nun trotz der in der Note vom 5. November aufgestellten Verhandlungsgrundsätze ihre Bedingungen diktieren. Es war ein verhängnisvoller Irrglaube, die Gegner würden einem republikanischen Deutschland günstigere Bedingungen gewähren. Für Annahme oder Ablehnung stellen sie eine Frist von 72 Stunden. Angesichts der inneren Lage des Reichs ist an militärischen Widerstand nicht mehr zu denken. Unter diesen Umständen muß auch die Oberste Heeresleitung die folgenden harten Bedingungen der Alliierten annehmen (11. November):

Deutschland -
Republik

Annahme der
Waffenstillstands-
bedingungen

1. Räumung der besetzten Länder;
2. Räumung des gesamten Gebietes links vom Rhein;
3. Räumung der Brückenköpfe Mainz, Koblenz, Köln und Nehl auf dem rechten Rheinufer;
4. Räumung einer Zone von 30 Kilometern vor den Brückenköpfen;
5. Auslieferung ungeheurer Mengen Kriegsgeräte (30 000 Maschinengewehre, 2000 Flugzeuge, 160 U-Boote, Internierung der Schlachtflotte (6 Groß-Kampfschiffe), ferner Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen;
6. Rückgabe aller Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit;
7. die Blockade bleibt bestehen.

Trotzdem vermag das Vertrauen auf Wilson die Zuversicht des deutschen Volkes auf einen gerechten Frieden nicht zu erschüttern. Die Waffenstillstandsbedingungen werden mit voller Erfüllungsbereitschaft hingenommen.

Heimkehr,
Auflösung
der Fronttruppen

Das deutsche Frontheer zieht unter Hindenburgs Führung in die Heimat und wird dort aufgelöst. Deutschland zerschlägt seine Wehrmacht. Aber vergeblich wartet man auf die Auswirkungen der neuen Ära der Versöhnung und Verständigung, die nun beginnen sollte. Nicht einmal der im Waffenstillstand ausdrücklich in Aussicht gestellte Präliminarfriede wird bewilligt; vielmehr muß der Waffenstillstand nicht weniger als dreimal erneuert werden. Jede Erneuerung aber wird zur Erpressung neuer Zugeständnisse benutzt.

Dieser Waffenstillstand, der von Deutschland nur als kurzer Zwischenvertrag bis zu den Friedensverhandlungen eingegangen war, dauert vom 11. November 1918 bis zum 10. Januar 1920 — 14 Monate. Denn erst am 10. Januar 1920 wird durch Ratifizierung der am 28. Juni 1919 zu Versailles unterzeichnete Frieden gültig. Dieser „Frieden“ ändert nur die Form, der Geist bleibt derselbe.

Aufrechterhaltung
der Blockade

Die Blockade wird trotz des Waffenstillstandes auch auf die Ostsee ausgedehnt; die Zusage, Deutschland mit den notwendigsten Lebensmitteln zu versorgen, wird nicht erfüllt. Das linksrheinische Gebiet aber wird besetzt und vertragswidrig von dem übrigen Deutschland abgesperrt.

XXXVII.—XL. Kriegsende und Friedenschlüsse.

XXXVII. Deutschlands Verstümmelung.

XXXVIII. Deutschlands Verklavung.

XXXIX. Deutschlands Entwaffnung.

XL. Deutschlands Einriegelung.

XXXVII. Am 18. Januar, an dem Tage, da 48 Jahre zuvor das Deutsche Reich begründet worden war, findet die feierliche Eröffnung der Friedenskonferenz statt. 27 Staaten sind vertreten, die fünf „alliierten und assoziierten Hauptmächte“: Frankreich, England, Italien, die Vereinigten Staaten, Japan und die anderen 22 „alliierten und assoziierten“ Mächte. 70 % der bewohnten Erdoberfläche mit 77 % der Menschheit (Rußland nicht eingeschlossen) hatten sich verbunden, um über das Deutsche Reich mit 0,4 % der bewohnten Erdoberfläche und 4 % der Menschen abzurteilen.

Trotz Wilsons Versprechen, alle Geheimdiplomatie abzuschaffen, werden die entscheidenden Verhandlungen von den fünf Großmächten untereinander geheim geführt. Die kleinen „Sieger“ bleiben ohne jeden Einfluß. Bei den „großen Vier“, Wilson, Clémenceau, Lloyd George und dem Italiener Orlando liegt die ganze Entscheidung. Die deutsche Abordnung wird von den Verhandlungen ausgeschlossen. Das Ziel französischer Politik ist: die Vernichtung der deutschen Reichseinheit. Die Friedenskonferenz soll das Werkzeug zur Vollendung dieses alten Planes sein. In Clémenceau hat die französische Politik den entschiedensten Verfechter. Die Festigkeit seines Willens und die Einheitlichkeit des französischen Programmes bestimmen von vornherein den Verlauf der Verhandlungen. Wilsons 14 Punkte zerbrechen daran, die anfängliche Maßhaltung der Briten mündet in die gleiche Gewaltpolitik, obwohl sie mit der Entwaffnung und Ausschaltung Deutschlands als Welt- und Handelsmacht zufriedengestellt sein konnten. Italiens Mitwirkung am Friedensvertrag ist ohne große Bedeutung. So versucht Frankreich mit allen Mitteln, der Bestechung, der Schürung hochverräterischer Bewegungen (Aufrichtung einer rheinischen Republik) und mit roher militärischer Gewalt die deutsche Einheit zu untergraben und zu vernichten. Die Friedensbedingungen sind für Deutschland nichts anderes als ein neuer Krieg mit anderen Mitteln, „ein Werk der Leidenschaften des Krieges, der Rache und der Furcht“. Innerhalb von 14 Tagen soll die deutsche Regierung sich entscheiden. Französische und englische Bombengeschwader und der Aufmarsch der alliierten Heere im besetzten Gebiete bezeugen die ernste Absicht der Entente, in Deutschland einzufallen, falls dieses sich nicht unterwirft. Ein Widerstand ohne Heer und Flotte ist aussichtslos, zumal die Uneinigkeit der Parteien eine innere Einheitsfront nicht aufkommen läßt. Der Versuch, wenigstens die Anerkennung der schmachtvollen Kriegsschuldparagraphen abzuwälzen, stößt auf Clémenceaus unüberwindliche Segnerschaft. Die deutsche Regierung muß sich darum der Gewalt fügen. Am 28. Juni 1919 wird im Spiegelsaal des Schlosses in Versailles, in dem das deutsche Kaisertum 1871 ausgerufen war, der Friede unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten verweigern die Unterzeichnung und den Eintritt in den Völkerbund; der Widerstand gegen das Werk Wilsons und den Völkerbund von Frankreichs Gnaden war in Amerika übermächtig geworden. Erst am 25. August 1921 stellt ein offizieller Friedensschluß die Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland wieder her.

Das Werk von Versailles selbst aber ist weder mit der Unterzeichnung, noch mit der Ratifikation vollendet. Die Alliierten führen ihre Versklavungspolitik zielbewußt weiter. Die treibende Kraft bei diesen Maßnahmen ist stets Frankreich, das trotz aller Einzelerfolge doch sein eigentliches Kriegsziel nicht erreicht hat: die Vernichtung der deutschen Einheit. Der Leitgedanke französischer Politik nach dem „Friedensschluß“ ist daher: Der Rhein als französische Ostgrenze, Besetzung des Ruhrgebietes, Trennung Süddeutschlands vom Norden. Eine lange Reihe von Konferenzen der Ententestaatsmänner setzen das Werk von Versailles fort: San Remo (April 1920), Hythe (Mai), Boulogne (Juni), Spaa

Das Versailler
Friedensodiktat

Friedens-
unterzeichnung
28. Juni 1919

(Juli), Brüssel (Dezember), Paris (Januar 1921), London (März), Lypne (April), London (Mai), Cannes (Januar 1922), Genua (April und Mai), London (August), Paris (Januar 1923). Mit immer neuen schönen Begriffen, wie Sanktionen, Garantien, Pfändern, Retorsionen usw., wird jeder neue Rechtsbruch gegen Deutschland heuchlerisch bemäntelt. Die Gedanken des Ideologen Wilson werden bis zur Unkenntlichkeit verzerrt, er selbst zerbricht an der Hinterhältigkeit europäischer Diplomatie. Für das deutsche Volk aber ist das Ergebnis aus alledem, aus Krieg und Frieden, niederschmetternd.

Der Völkerbund

Der Friedensvertrag beginnt mit den Sätzen des Völkerbundes. Der Gedanke einer Neuordnung wird ihm also vorangestellt. Der Völkerbund, der zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen und zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit zwischen ihnen gegründet ist, soll Bürge der Neuordnung sein. Sein ständiger Sitz wird Genf. Als seine Hauptaufgaben werden bezeichnet: Regelung der Abrüstung und Einrichtung eines zwischenstaatlichen Schiedsgerichts. Von der Mitgliedschaft des Völkerbundes ausgeschlossen werden das Deutsche Reich, Deutsch-Österreich und Rußland. Die Vereinigten Staaten lehnen ihren Beitritt ab. Damit ist der Völkerbund entgegen seiner grundsätzlichen Bestimmung als eine Interessengemeinschaft der Entente und ihrer Gefolgschaft, als ein Werkzeug ihres Unterdrückungswillens gekennzeichnet.

Die Schuldfrage

Der Vorvertrag war ein klarer Rechtsvertrag zweier gleichberechtigten Parteien. Weil aber für die ungerechtfertigten und maßlosen Forderungen ein „Rechtstitel“ geschaffen werden mußte, d. h. um dem Friedensvertrag den Charakter eines Straffriedens geben zu können, wurde von der Entente die Behauptung von der alleinigen Schuld Deutschlands am Weltkriege aufgestellt und im Vertrage niedergelegt.

In Stein gemeißelt:

An der Stelle, an der am 11. November 1918 der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, befindet sich im Wald von Compiègne eine Gedenktafel, die, um die moralische Abrüstung in Frankreich für immer zu verhindern, die folgende Inschrift, in Granit gemeißelt, trägt:

Ici
Le onze Novembre 1918
succomba le criminel orgueil
de l'Empire allemand
Vaincu
par les
Peuples Libres
Qu'il prétendait
asservir.

(Hier unterlag am 11. November 1918 der verbrecherische Hochmut des Deutschen Reichs, besiegt durch die freien Völker, die es unterjochen wollte.)

Die Absicht, Deutschland ehrlos zu machen, fand ihren schärfsten Aus-

Im Vertrag verankert:

In dem sogenannten „Friedens“-Vertrag von Versailles heißt es in dem Artikel 231:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Das hat Deutschland unterschreiben müssen.

druck in den sogenannten „Schmachparagrafen“ (Art. 227—231), die die Auslieferung des Kaisers und der sog. Kriegsverbrecher fordern. Obwohl die internationale Wissenschaft seit der Öffnung der Staatsarchive den Beweis erbracht hat, daß Deutschland niemals direkt den Krieg gewollt hat, daß niemals von einer alleinigen Schuld Deutschlands die Rede sein kann, die Schuld vielmehr in erster Linie bei Rußland, Österreich, Frankreich, auch England zu suchen ist, lehnen die alliierten Mächte eine Revision des Friedensvertrages gerade in dieser Frage ab, da sie wohl wissen, daß damit ihr ganzes Werk zusammenstürzen würde.

Obwohl der Name Völkerbund auf eine Gemeinschaft der V ö l k e r Völker und Staaten deutet, sind keine Völker in ihm vertreten, sondern S t a a t e n. Er wird damit Ausdruckswille einer überlebten, auf dem Boden westeuropäischer Geistesart gewachsenen Anschauung und Auffassung von Staat und Volk, die nur die Unterordnung unter die Staatsouveränität anerkennt, der Volkspersönlichkeit hingegen eine Lebensberechtigung abspricht, vielmehr die Angleichung fremder Volkselemente an das sog. Staatsvolk fordert. Damit versagt sich der Völkerbund, trotz der Verkündung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, dem brennendsten Problem der Gegenwart, der Frage der Autonomie der Völker. Trotz des Selbstbestimmungsrechtes bleiben 40 Millionen Menschen in Europa als Angehörige kleinerer Volksgruppen recht- und schutzlos. Nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wäre bis auf den inneren Kern Posens der Bestand des Reiches unverfehrt geblieben, durch den Anschluß Österreichs und der Deutschen in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien (d. h. der Sudetendeutschen) wäre das gesamte geschlossene deutsche Sprachgebiet zur politischen Einigung gekommen; das kleindeutsche Reich Bismarcks hätte sich nun zu jenem größeren Deutschland, in dem alle deutschen Stämme vereinigt sind, ausweiten können. Jenes neue Deutschland wäre vor allem eine beherrschende politische Macht, der Mittelpunkt Europas geworden. Es wäre ein mitteleuropäischer Kristallisationskern entstanden für die kleinen Völker, und das zukunftsreiche östliche Europa hätte an ihm einen starken Freund und Helfer. Die Weltmacht, die durch den Krieg vernichtet war, wäre also als europäische Großmacht mit klareren Zielen wieder-erstanden.

Mischung des
Selbstbestimmungs-
rechtes der Völker

Eine solche Auswirkung des Selbstbestimmungsrechtes war allerdings nicht das Ziel der Ententemächte. Clemenceau hatte das Wort geprägt: Es gibt 20 Millionen Deutsche zuviel. Die Zerschlagung des österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaates, das Verbot für Österreich, sich dem Reiche anzuschließen, die Verstümmelung Deutschlands durch Gebietsabtrennungen, die wirtschaftliche Verflavung waren die Mittel zu diesem Ziel. So erhielt das Selbstbestimmungsrecht nur Geltung für die neuen Vasallenstaaten Frankreichs im Osten. Sie waren in ihrem völligen Bestand zwar alles andere als einheitlich, aber dennoch wurde ihnen das Recht zugestanden, die Grenzen ihrer neuen Staaten ganz nach politischen Gesichtspunkten zu ziehen und ihre fremden Volksteile mit allen Mitteln zur Unterordnung unter das Staatsvolk zu zwingen.

Das Deutsche Reich mußte folgende Gebiete abtreten:
E l s a ß - L o t h r i n g e n an Frankreich;

Die von Deutschland
abgetretenen
Gebiete

Moresnet und Eupen-Malmedy an Belgien (nur zum Schein fand hier eine Volksabstimmung statt);

Teile von Ostpreußen als „Memelland“ an die Alliierten (später von den Litauern ohne Widerstand des Völkerbundes gewaltsam besetzt).

An Polen gingen der Soldauer Zipfel von Ostpreußen, fast ganz Westpreußen und kleine Teile von Pommern verloren. Durch den sog. Korridor erhielt Polen den erstrebten Zugang zum Meere. Nur Englands Einfluß verhinderte, daß auch Danzig polnisch wurde. Man machte vielmehr aus der alten Hansestadt einen selbständigen Freistaat als Sperrzone gegen polnische Ostsee-Herrschaftspläne.

Das beim Reich verbliebene Ostpreußen wird durch den polnischen Korridor von dem Mutterlande losgerissen und in eine unglückliche Insellage gebracht.

Der weitaus größte Teil der Provinz Posen, die während des Waffenstillstandes schon gewaltsam von Polen besetzt war, wird diesem zugesprochen, ebenso einige Grenzbezirke der Provinz Schlesien.

Das Gultschiner Ländchen wird der Tschechoslowakei zugewiesen.

Sämtliche Kolonien des Deutschen Reiches im Umfange von fast 3 Millionen Quadratkilometer mit 12 Millionen Einwohnern werden dem Völkerbund als „Mandatsgebiete“ überantwortet.

Über den Verbleib von Nordschleswig, Oberschlesien, von Teilen Ost- und Westpreußens und über die Zukunft des Saargebietes sollen Volksabstimmungen entscheiden. Das Saargebiet wird im Namen des Völkerbundes französischer Verwaltung unterstellt. Nach Ablauf von 15 Jahren soll der Völkerbund auf Grund einer Volksabstimmung darüber entscheiden, unter welche Souveränität das Gebiet tritt. Fällt der Entscheid zugunsten Deutschlands aus, so muß das Reich die Kohlengruben im Saargebiet von Frankreich zurückkaufen.

Die Abstimmung in Oberschlesien brachte eine Mehrheit von 62 % für Deutschland, trotzdem die sog. Kontrollkommission die polnische Hege und die Gewalttaten polnischer Banden (Korfanty) weitgehend geduldet hatte. Dennoch spricht der Völkerbundausschuß (je ein Chinese, Brasilianer, Tscheche und Spanier) $\frac{1}{3}$ des Landes mit den wichtigen Industriestädten Rattowiz und Königshütte Polen zu. Die Aufteilung erfolgt ohne Rücksicht auf die natürliche Einheit des Industriebezirks, wobei vorsorglich die Gebietsteile mit wertvolleren Bodenschätzen Polen zugewiesen werden. Im Abstimmungsgebiet Ostpreußens und Westpreußens (Kreis Stuhm und Marienwerder) stimmten $\frac{9}{10}$ für Deutschland. So konnte Ostpreußen bis auf den ohne Volksbefragung abgetrennten Soldauer Kreis und einige masureische Grenzdörfer sowie die nachträglich Polen zugesprochenen Weichfeldörfer bei Marienwerder dem Reiche erhalten bleiben. Nordschleswig dagegen kommt trotz des starken deutschen Bevölkerungseinschlages mit der reindeutschen Stadt Søndern an Dänemark. Das System einer dreizonigen Abstimmung hatte dänischen Ansprüchen auf deutsches Land zum Siege verholfen.

Der Umfang des Deutschen Reiches (das Saargebiet nicht eingerechnet) verringert sich durch diese Veraubung um $\frac{1}{8}$ seiner Bodenfläche und seine Bevölkerung um $\frac{1}{10}$ ihres Bestandes. Die Bevölkerungsdichte auf 1 qkm stieg von 123,8 Einwohner auf 126,8. Die neuen Grenzen zerschneiden überall das geschlossene deutsche Volksgebiet. Während das links-

rheinische Land schon auf Grund des Versailler Diktats besetzt worden war, wird unter dem Vorwand von „Sanktionen“ diese Besetzung willkürlich im März 1921 auf Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort erweitert. Im Januar 1923 dringen die Franzosen mitten im Frieden, als Deutschland seinen Zahlungsverpflichtungen nicht völlig hatte nachkommen können, gewaltsam in das Ruhrgebiet ein und besetzen das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Im Februar und März lassen sie ihre Besatzungstruppen auch in badisches Land vorrücken. Auf Wesel und Emmerich, auf Raab, Bacharach und Lorch, auf Königswinter und Limburg und andere Städte stoßen die Besatzungsmächte vor. Der Maingau mit den Städten Frankfurt, Hanau, Homburg und Darmstadt wird von den Franzosen und Belgiern erst auf Einspruch Englands geräumt.

Gleiches Schicksal wie das Deutsche Reich erleiden die Kernländer der Doppelmonarchie. Das Friedensangebot Österreich-Ungarns vom 14. September hatte die Sprengung des Bundes der Mittelmächte eingeleitet. Die selbsttätige Auflösung des alten habsburgischen Vielvölkerstaates in zahlreiche neue Nationalstaaten lieferte das österreichische und ungarische Staatsvolk den Siegermächten auf Gnade und Ungnade aus. Im Frieden von St. Germain (mit Österreich) und Trianon (mit Ungarn) wird bestimmt: Zum Rechtsnachfolger der Doppelmonarchie mit ihren 676 000 qkm Flächeninhalt und 49 850 000 Einwohnern wird der Zwangsstaat „Österreich“ erklärt. Als solcher wird er für die Vergehen der Regierung verantwortlich gemacht. Der Name Deutsch-Österreich wird nicht anerkannt. Außerdem verbietet der Friedensvertrag den Anschluß mit der hinterhältigen Formulierung, daß Österreichs „Unabhängigkeit“ unabänderlich sei, außer mit Genehmigung des Völkerbundes. Das neue Österreich wird auf einen Flächenraum von 84 000 qkm mit rund 6½ Millionen Einwohnern beschränkt. Es umfaßt nur Ober- und Niederösterreich, Salzburg, Nordtirol, Vorarlberg, dazu Teile von Kärnten, Steiermark und dem Burgenlande. — (Die neuen Grenzen der übrigen Nationalstaaten Süd- und Osteuropas sind bei Blatt XLI behandelt [S. 141].)

Die Grundsätze Wilsons läßt man nur für die Freunde der Entente gelten. Weit über 11 Millionen Deutsche werden nationale Minderheiten in fremden Staaten. Die Sudetendeutschen werden zum Tschechischen Staate geschlagen; ebenso geschlossene deutsche Siedlungsgebiete Südböhmens und Südmährens (Budweis, Neuhaus, Brünn), desgl. die Iglauer Sprachinsel.

Auf Welsch-Südtirol und die windische Untersteiermark hätte verzichtet werden können, wenn wenigstens das deutsche Südtirol, das steierische Draugebiet bei Österreich verblieben, Kärntens Einheit nicht angetastet und das deutsche Burgenland (West-Ungarn) ungeschmälert Österreich zugewiesen wäre. Der Rechtsanspruch im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker war hier gegeben. Aber der Wille der Feindmächte entschied anders. Von Tirol und Steiermark wurde der Süden ohne Volksbefragung abgetrennt, Kärnten verlor einige bedeutsame Grenzstreifen (Tarvis, Pontafel an Italien). Von Deutsch-Westungarn erhielt Österreich nur Teile. Das wichtige Ödenburg, der Mittelpunkt des Burgenlandes, wurde nachträglich durch ungarische Banden besetzt und auf Grund

Zerschlagung
Österreich-Ungarns

einer Scheinabstimmung Ungarn zugesprochen. Das Gebiet östlich des Neusiedler Sees blieb bei Ungarn, ebenso die Städte Güns und St. Gotthardt. Das wichtige Pressburg wurde ganz willkürlich trotz einer deutschen relativen Mehrheit (= 37 000 Deutschen) und bei kaum $\frac{1}{5}$ slowakischen Bevölkerungsanteils zur Tschechoslowakei geschlagen. Nur gegenüber dem Deutschen Reiche, der Schweiz und Liechtenstein blieb die alte Grenze bestehen.

XXXVIII. Deutschlands Verklavung.

Die
finanziellen Lasten

Um die wirtschaftliche Wiedererstarkung des deutschen Volkes möglichst zu erschweren, werden ihm finanzielle Lasten von ungeheuren Ausmaßen aufgebürdet. Mit dem Kriegsschuldparagraphen war die Handhabe geschaffen, um zunächst einmal grundsätzlich Deutschland für alle Schäden, darunter auch alle privatrechtlichen Schäden (Schäden der Zivilpersonen, der Kriegsgefangenen, der militärischen Opfer des Krieges) haftbar zu machen. In Verschärfung der im Friedensvertrag dem Deutschen Reiche auferlegten Zahlungen setzte eine „Reparationskommission“ eine Summe von 132 Milliarden Goldmark fest (Londoner Beschluß vom 5. Mai 1921, das sog. Ultimatum).

London 1920
132 Milliarden
Reparations-
zahlungen

Danach sollte Deutschland von dieser Entschädigung innerhalb von 36 Jahren 50 Milliarden durch jährliche Zahlung von 2 Milliarden und Abgaben von 26 % seiner Ausfuhr, das sind jährlich rund 3 Milliarden, aufbringen. Eine Garantiet Kommission wurde ernannt mit dem Auftrage, darüber zu wachen, welche Einkünfte des Reiches den Siegermächten zustehen. (Die restlichen 82 Milliarden sollen erst dann realisiert werden, wenn die Reparationskommission davon überzeugt ist, daß das Reich weitere Beträge über jene 50 Milliarden hinaus verzinsen und tilgen kann.)

Außerdem muß das Reich die sehr hohen Kosten für die Besatzungstruppen und die verschiedenen Ausschüsse und Kommissionen bezahlen, endlich für die im Kriege von Belgien auswärts erhobenen Anleihen mit 5 % Zins haften. Ferner muß es — da alles deutsche Privateigentum im Auslande der Beschlagnahme verfällt — die Entschädigung der Beraubten übernehmen. Über den Betrag von 50 Milliarden Goldmark hat das Reich tilgbare 5 % Schuldverschreibungen auszugeben, die auf den Markt gebracht werden.

Natural-
Lieferungen

Der deutschen Landwirtschaft sind durch den Verlust der östlichen Provinzen ertragreiche Wirtschaftsgebiete (Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Vieh — die Roggenernte sinkt von 12 Mill. t jährlich auf 6 Mill. t und die Kartoffelernte von 54 Mill. t auf $21\frac{1}{2}$ Mill. t), durch Lothringen die Thomasschlacke, durch Elsaß viele Kalisalze verlorengegangen. Sie wird jetzt gezwungen, an Frankreich und Belgien außerdem 40 000 Pferde, 4000 Stiere, trotz Milch- und Fettnot 140 000 Kühe, 40 000 junge Rinder, 120 000 Schafe, 15 000 Schweine abzuliefern.

Wirtschaftsverluste

Durch die Losreißung Ost-Oberschlesiens und die Abtretung Lothringens verliert die deutsche Schwerindustrie ihre wichtigsten Erz- und Kohlengebiete (die deutsche Eisenerzproduktion geht von $28\frac{1}{2}$ Mill. t auf $7\frac{1}{2}$ Mill. t zurück), durch den Verlust des Kalimonopols wird die Kaliindustrie fast vernichtet. Das Saarkohlenrevier kommt unter französische Verwaltung und schaltet so gut wie ganz aus. Von der rheinisch-west-

fälischen Rohle müssen 10 Jahre lang an Frankreich, Belgien und Italien 24 000 t jährlich geliefert werden, ferner 3 Jahre lang die Kohlenenerzeu-
nisse: Benzol, Ammoniak, Steinkohlenteer.

Um die weltbeherrschende deutsche chemische Industrie zu erdrosseln, wird Deutschland auferlegt, bis zum Jahre 1920 50 % des Bestandes der Farbstoffe und chemischen Erzeugnisse abzuliefern und weitere 4 Jahre lang $\frac{1}{4}$ der Erzeugnisse.

Der schwerste Schlag aber wird gegen den deutschen Handel gerichtet, den man endgültig vernichten will. Deutschland muß den Raub seiner Handelsflotte, seines privaten Eigentums im Ausland, seiner Seelabel zulassen. Dadurch verliert Deutschland fast seinen gesamten Bestand an Schiffen, im Nachrichtendienst wird es vom Ausland abhängig.

Handelsverluste

Es müssen ausgeliefert werden: alle Schiffe über 1600 t, die Hälfte aller Schiffe von 1000 bis 1600 t, $\frac{1}{4}$ der Fischdampfer, $\frac{1}{5}$ der Flußschiffe. Von 5 Millionen t, die Deutschland 1914 besaß, verbleiben ihm nur noch 300 000 t; 5 Jahre lang muß es außerdem noch jährlich 200 000 t Handelsschiffe für die Gegner bauen. Zur Strafe für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe sind 400 000 t Docks, Bagger und Schlepper abzugeben. Stand Deutschlands Handelsflotte bisher an 2. Stelle unter den Flotten der Erde, so nach den Ablieferungen an 13.

Nicht nur deutsches Vermögen im Auslande wurde enteignet, sondern auch der gesamte deutsche Wertpapierbesitz an Ententewerten wird beschlagnahmt. Dem Wiedergutmachungsausschuß fallen alle deutschen Beteiligungen an öffentlichen Unternehmungen in Rußland, China, Österreich, Ungarn, Bulgarien und in der Türkei anheim. Die persönlichen Beziehungen der Deutschen mit dem Auslande werden dadurch zerstört.

Um eine zielsichere deutsche Handelspolitik zu unterbinden, sichern sich die Verbandsmächte für 5 Jahre ohne Gegenleistung das Meistbegünstigungsrecht, freie Durchfuhr, Gleichstellung in Gebühren und Erleichterungen mit dem innerdeutschen Verkehr, sowie zollfreie Einfuhr aus Elsaß-Lothringen und Luxemburg und für 3 Jahre aus Polen.

Verkehrs-
behinderung

Die Internationalisierung aller deutschen Ströme außer Ems und Weser, ebenso wie die den Luftfahrzeugen der Verbandsmächte zustehende Flug- und Landungsfreiheit in Deutschland verstoßen nicht nur gegen die deutschen Hoheitsrechte, sondern schädigen aufs schwerste die deutsche Binnenschiffahrt und den deutschen Flugdienst. Die deutsche Flugindustrie wird durch die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues für längere Zeit lahmgelegt.

Alle Deutschland auferlegten Bestimmungen sind streng rechtsverbindlich, weil der Friedensvertrag durch die Unterzeichnung seitens der Reichsregierung die Geltung eines Reichsgesetzes hat (Gesetz über den Friedensschluß vom 16. Juli 1919). Jeder Deutsche ist darum, solange der Vertrag nicht abgeändert wird, dem Friedensvertrag, als einem Gesetze seines eigenen Staates, zum Gehorsam verpflichtet.

Der furchtbare Absturz, den Deutschland unter der Auswirkung dieser Friedensbestimmungen erfährt, wird durch die vielen Akte fremder Gewalttat und durch Unruhen im eigenen Lande noch beschleunigt. Im

Befehung des
Ruhrgebietes 1923

Sinne ihrer Vernichtungspolitik dringen Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet ein, um Deutschlands wichtigstes Wirtschaftsgebiet vom Reiche abzureißen und damit die Auflösung seiner Staatlichkeit einzuleiten (Januar 1923). Die Bevölkerung des Industriegebietes leistet fast $\frac{3}{4}$ Jahr lang geschlossen heldenhaften Widerstand. Aber der „passive Widerstand“ führt nur zu Teilerfolgen, er erreicht nicht sein Ziel, seine Weiterführung wird seitens der Regierung schließlich aufgegeben.

Währungszerfall

Im Laufe des Jahres 1923 sinkt der Wert der Mark fast von Stunde zu Stunde. (Der Dollar steht Anfang August auf 1 Mill. Mark, Ende August auf 10 Mill. Mark, Mitte September auf 100 Mill., Anfang Oktober auf 1000 Mill. Mark.) Die Goldmark gilt schließlich 1 Billion Papiermark. Die Folge dieses reißenden Verfalles der deutschen Währung ist eine neue Blüte des Schiebertums, ein Umsichgreifen blinder Spekulationswut, Flucht des deutschen Kapitals ins Ausland und Anlage fremden Kapitals in Deutschland. Das Vermögen des deutschen Volkes wird so gut wie vernichtet, der Mittelstand der Verelendung ausgeliefert, Teuerung, Streik und politische Unruhen lösen einander ab. Nur durch die Stilllegung der Notenpresse und die auf Anregung Helfferichs erfolgte Einführung einer neuen, von dem gesamten deutschen Grundbesitz sichergestellten Währung (Rentenmark) wird diesem Lauf der Dinge ein Ende bereitet (Ende 1923).

Weltwirtschaftliche
Erschütterung

Aber die schweren Erschütterungen der deutschen Wirtschaft wirken sich nun auf die Wirtschaft der übrigen Staaten aus. Die Kaufkraft ganz Mitteleuropas sinkt, die Getreide- und Viehüberschußländer, vor allem Amerika, können ihre Waren nicht absetzen. Die Preise fallen schnell. In den Industrieländern aber steigt die Arbeitslosigkeit gewaltig, zumal in England. Die Vereinigten Staaten, die sich im Laufe des Krieges zum Gläubigerstaat der ganzen Welt entwickelt haben, ersticken im Golde.

Die ganze Wirtschaft droht in sich zusammenzustürzen. Die Ausschaltung eines so bedeutsamen Wirtschaftskörpers wie Deutschland aus dem Gesamtorganismus der Welt erweist sich als undurchführbar.

Auf Veranlassung der Vereinigten Staaten wird ein neutraler Sachverständigenausschuß zusammenberufen, um einen neuen Zahlungsplan auszuarbeiten, der an die Stelle des Londoner Planes vom Mai 1921 und aller inzwischen erfolgten vorläufigen Abmachungen treten soll.

Dawes-Plan 1924

Der Fortschritt in diesem nach dem Amerikaner Dawes benannten Plane ist die Ablösung der Politik brutaler Erpressung durch ein Zwangssystem wirtschaftlicher Art. Aber das Übermaß an Forderungen auch dieses Planes bedeutet für Deutschland durchaus keine Verbesserung seiner Lage. Es wird zu einem mindestens 50jährigen Frondienst verurteilt, obwohl das deutsche Volksvermögen durch den Krieg und seine Folgen von 310 Milliarden Goldmark auf 150 Milliarden Rentenmark, das deutsche Volkseinkommen von 43 Milliarden Goldmark auf 20 bis 22 Milliarden Goldmark gesunken ist, während die Steuerlasten (vor dem Kriege 11 % des Volkseinkommens) jetzt mehr als 30 % betragen. Ebensovienig nimmt es Rücksicht auf die großen Gebietsabtretungen

und die damit verbundenen Verluste an Bodenschätzen, Ackerland und Arbeitskraft.

Auf der Londoner Konferenz (Juli bis August 1924) muß Deutschland das Dawesgutachten im wesentlichen anerkennen. Zur Durchführung seiner Verpflichtungen muß es sich dazu bereit finden, seine Eisenbahnen zu entstaatlichen und einem Direktorium zu unterstellen, das zum Teil aus Ausländern besteht (Deutsche Reichsbahngesellschaft). An die Stelle der Rentenbank tritt eine neue Notenbank auf Goldwährung, welche mit der Reichsbank verbunden und einer Leitung unterstellt wird, der ebenfalls Ausländer angehören.

Die Gesamtschuldsumme wird nicht festgesetzt, nur die jährlich abzuliefernden Tribute. Von 1929 an sollen es jährlich 2500 Mill. sein. Es stellt sich aber bald heraus, daß Deutschland solch geradezu erdrückende Last nicht zu tragen vermag. So wird denn im Frühjahr 1929 eine Sachverständigen-Konferenz nach Paris berufen, um einen neuen „Reparationsplan“ auszuarbeiten. Nach monatelanger Beratung ist im Juni der Bericht dieses Ausschusses zustande gekommen, der nach dem Amerikaner Owen Young genannte Youngplan. Er unterscheidet sich nur wenig von dem Dawesgutachten. Für die ersten Jahre bringt er eine Erleichterung. 1929 soll Deutschland 743 Mill. zahlen, aber bereits 1930 sind es 1708 Mill., und die Summe steigt mit geringen Schwankungen von Jahr zu Jahr, bis sie 1965 den Höchstbetrag von 2427 Mill. erreicht. Von 1966 bis 1983 sind es jährlich noch rund 1650 Mill., von 1984 bis 1988 jährlich rund 400 Mill. Zur Eintreibung dieser Tribute soll eine neue „Weltbank“ gegründet werden. „Die Zahlungen, die Deutschland auf Grund dieses Planes zu leisten hat, gehen zum Teil weit über die Forderungen des Versailler Diktates hinaus.“ Sie belasten die Kinder und Kindeskinder des jetzt lebenden Geschlechts. Gegen den Dawesplan bedeutet das eine Verlängerung der Zahlungen um volle 25 Jahre.

Pariser
Sachverständigen-
Konferenz 1929

Youngplan

XXXIX. Deutschlands Entwaffnung.

XL. Deutschlands Einriegelung.

Der größte Erfolg der französischen Diplomatie ist zweifellos die vollständige Entwaffnung Deutschlands im Namen des Völkerbundes. Nichts beweist die Verlogenheit des Wertes von Versailles mehr als die Bestimmungen über Deutschlands Wehrlosmachung: „Am die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die Bestimmungen des Friedensvertrages über Landheer, Seemacht und Luftfahrt genau innezuhalten.“ Im Ultimatum vom 16. Juni 1919 wird die Entwaffnung Deutschlands sogar ausdrücklich als der erste Schritt zur Verhinderung des Krieges bezeichnet.

Weder Frankreich, noch die anderen kontinentalen Staaten, am allerwenigsten die waffenstarrenden neu entstandenen Staaten in Osteuropa denken an die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einschränkung ihrer Rüstungen. Nur die V. St. und England haben die im

Rüstungs-
beschränkung

Weltkrieg eingeführte allgemeine Wehrpflicht wieder abgeschafft — beide aus besonderen Gründen: Amerika bedarf keines großen stehenden Heeres, England benötigt nur eine größere Kolonialflotte. Um so eifriger betreiben beide dafür die Rüstung zur See. Für die V. St. gilt es, die Entscheidung über die Herrschaft im Stillen Ozean (Auseinandersetzung mit Japan) vorzubereiten, ebenso den während des Krieges gewonnenen Vorsprung vor England aufrecht zu erhalten. England hingegen kämpft um die Wiedererlangung seiner Seegeltung — „Britannia rules the waves“, die Sicherung seiner Schifffahrtswege, den Zusammenhalt seines Kolonialreiches durch die Beherrschung der Meere. Als dritte Seemacht tritt neben diese beiden J a p a n, das im Besitze der uneingeschränkten Vorherrschaft in Ostasien an dem Ausbau dieser Stellung gegen jeglichen neuen Wettbewerb durch Großbritannien und Rußland einerseits, und gegen den Imperialismus der V. St. andererseits ein Lebensinteresse hat.

Während das Streben dieser Seemächte auf die Beherrschung großer Erd- und Meerräume geht, sucht F r a n k r e i c h sich durch ein Aufgebot großer eigener Heeresmassen und der Kontingente seiner Vasallen in Europa ein Übergewicht auf dem europäischen Kontinent zu schaffen.

Die Heeresstärken F r a n k r e i c h s und seiner Gefolgschaften betragen im Jahre 1927 1 645 000 Mann (d. h. Frankreich 850, Belgien 81, Polen 306, Tschechoslowakei 150, Rumänien 143, Südslawien 115, alles in Tausenden). Dazu treten noch die ausgebildeten Reserven, in Frankreich allein 3,5 Mill.

D e u t s c h l a n d s Heeresstärke beträgt 100 000 Mann, es hat keine Reserven. Sein ganzes Kriegsgerät besteht nur aus leichter Feldartillerie, wenigen Maschinengewehren und Minenwerfern. Es verfügt über keine schweren Geschütze und Kampfwagen (Tanks), keine Panzerzüge, keine Luftschiffe und Flugzeuge, keine Flugabwehrgeschütze, kein Kampfgas noch sonstige Mittel moderner Kriegsführung. Kein Festungsgürtel schützt das nach allen Seiten offene Land gegen einen Angriff. Einem Überfall durch feindliche Bombengeschwader, die ihre vernichtenden Gasangriffe in wenigen Stunden bis ins Herz Deutschlands tragen können, muß Deutschland in wenigen Stunden erliegen.

Der Rüstungstaukel, in dem trotz aller Abrüstungskonferenzen die europäischen Machtstaaten verharren, kann nur als Zeichen eines schlechten Gewissens und inneren Schwächegefühls gedeutet werden und zeugt gegen den Frieden von Versailles und seine Mittel zur Befriedung Europas.

Der Widerspruch zwischen dem heute waffenstarrenden europäischen Kriegslager zu den von Wilson verkündeten Grundsätzen ist nur geeignet, immer erneut auf die Unhaltbarkeit der Friedensbestimmungen hinzuweisen.

Eine führende amerikanische Zeitung (Newyork-World) schrieb nach Beendigung der Pariser Sachverständigen-Konferenz im Juni 1929: „Das ganze Tributsystem beruht auf der Verurteilung Deutschlands als des allein Kriegsschuldigen, auf einer Legende, an die in Deutschland niemand und in den Ententeländern kein Gebildeter mehr glaubt!“ Nur die führenden Politiker unserer Feinde verschließen sich dieser Einsicht.